

den sogenannten bürgerlichen Parteien CDUD und LDPD drei Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur schon lebendige demokratische – christliche und liberale – Traditionen existierten, so daß viele ihrer Mitglieder nicht bereit waren, der Errichtung einer neuen, kommunistischen Diktatur widerstandslos zuzusehen. Sie haben sich auch gewehrt, freilich unter den von Besatzungsmacht und SED gesetzten Bedingungen, jedenfalls so gut und so lange sie konnten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, lieber Herr Professor Fischer, ganz herzlichen Dank.- Ich glaube, alle drei Vortragenden haben uns den gegenwärtigen Stand vermitteln können. Sie haben uns Neues – auch in bezug auf biographische Fakten – gesagt. Dadurch wurden die Vorträge – das ist mein Eindruck – sehr farbig.

Ich bitte die Mitglieder Enquete-Kommission, die jetzt anstehende Diskussionsrunde dazu zu nutzen, um noch weitere biographische Fakten an Tageslicht zu bringen. Wir hatten vereinbart, daß mindestens drei Redner einen vorbereiteten Diskussionsbeitrag zu den angesprochenen drei Themen vortragen. Da wir solche Persönlichkeiten wie Herrn Putzrath und Herrn Katzer unter uns haben, sollten auch diese die Möglichkeit haben, im Rahmen dieser Diskussionsrunde noch Unvorbereitetes zu sagen.- Ich bitte nun Frau Dr. Erika Wolf, anzufangen.

Dr. Erika Wolf: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.- Ich kann aus meiner Erfahrung natürlich zu dem letzten Referat etwas sagen. Mit großem Interesse und einiger Erschütterung habe ich gehört, was gerade gesagt wurde.

Ich möchte auch zu den beiden Punkten, die Herr Professor Fischer erwähnt hat – nämlich zur Gründung der Partei und zur Bodenreform –, etwas sagen. Die Gründung der Partei war für die Sowjetische Militäradministration, wie Sie gesagt haben, eine schreckliche Überraschung. Denn man hatte damit gerechnet, das Zentrum – und damit eine Partei, die wahrscheinlich nicht sehr viele Anhänger gehabt hätte, weil der Anteil der Katholiken in der Sowjetischen Besatzungszone verhältnismäßig gering ist – zu sehen.

Hermes selber saß, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis Moabit. Am 23. April 1945 wurde er freigelassen. Wenige Tage danach – nämlich schon am 6. Mai – erhielt er einen Besuch von Ulbricht, der ihn fragte, ob er bereit wäre, die Verantwortung für die Ernährung Berlins zu übernehmen. Das bejahte er. Er wurde dann von General Bersarin in diese Funktion eingesetzt, die es ihm natürlich auch erleichterte, die Menschen zu sammeln, mit denen er zusammenarbeiten konnte. Sie kamen im wesentlichen aus Kreisen des Widerstandes.

Wenn man den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands liest, sieht man, daß in der Tat wichtige Vertreter der politischen Szene vor 1933 sich wieder zusammengefunden hatten. Es war ja der Vorteil der Entwicklung, daß die Zeit des Nationalsozialismus immerhin verhältnismäßig

kurz war. Von daher konnte man Menschen wiederfinden, die vor dieser Zeit politisch tätig waren.

Es gab – Sie sagten das – 30 Gründer. Sie sind in dem Aufruf aufgeführt, auf den sie sich geeinigt hatten. Er war die Grundlage der Gründungsversammlung am 22. Juli 1945 am Schiffbauerdamm. Ich habe diese Gründungsversammlung miterlebt.

Wir wohnten in Potsdam und kamen mit dem Fahrrad, was eine etwas größere Anstrengung war, aber als völlig selbstverständlich galt. Denn andere Verkehrsmittel gab es ja nicht. Ich habe die Einführung von Hermes zu dem Programm gehört. Darin machte er seine Prinzipien deutlich. Gleichzeitig aber wies er auch deutlich auf das notwendige Notprogramm hin.

Ich glaube, daß man sich bei der Diskussion über diese Zeit immer vor Augen führen muß, in welchem Zustand die Menschen lebten. Die tägliche Not war so außerordentlich groß, daß die meisten voll damit beschäftigt waren, für Wohnung, Brot, Kleidung usw. zu sorgen. Der politische Aufbruch war dadurch für viele etwas weniger deutlich.

Trotzdem ist diese Versammlung ein außerordentlicher Erfolg gewesen. Hermes stellte sein Programm dar. Er war der erste Unterzeichner und wurde allgemein als Gründer der CDUD angesehen.

In dem Programm wurde bereits zum Ausdruck gebracht, daß es in Zukunft eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung geben sollte. Hier ist ein Einfluß von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer festzustellen. Es wurde auch gesagt, daß eine Neuordnung des Landbesitzes im Hinblick auf die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig sei, die aus den Ostgebieten in die SBZ gekommen waren. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß in dieser Zeit besonders viel für die Frauen getan werden müsse, weil sie viel mehr in Schwierigkeiten geraten waren, als man angenommen hatte. Denken Sie zum Beispiel an die Trümmerfrauen, die einer Hilfe bedurften.

Hermes hat gleichzeitig deutlich gemacht, wie wichtig die Beziehungen zum Westen seien. Ich möchte noch mal sehr unterstreichen, daß die CDU das „D“ für Deutschland in ihrem Namen hatte. Der Begriff „Union“ war in bezug auf den Namen genauso wichtig. Es sollte klar werden: Es handelt sich nicht um eine einzelne Richtung, etwa um das wiederauflebende Zentrum, sondern um eine gemeinsame Aktion der Christen. Weiter sollte deutlich werden, daß die Partei für Gesamtdeutschland geplant war.

Herr Professor Fischer hat mir eben noch mal gesagt: Wenn die Gründungsversammlung in Godesberg, die von Hermes für Dezember 1945 geplant war, sich so hätte abspielen können, wie er meinte – er durfte damals nicht nach Westdeutschland reisen –, wäre vielleicht die ganze Entwicklung in bezug auf die CDU anders gelaufen, als sie bis heute verlaufen ist.

Ein paar Worte möchte ich noch zu den Russen sagen, denen wir damals

bei der Gründung der Parteien in den Orten begegneten. Ich habe also die Gründung in Potsdam sowie die Gründung des Landesverbandes Brandenburg miterlebt. Wir hatten viele Kontakte mit Russen, die offensichtlich über das überrascht waren, was sie in der SBZ erlebten. Sie kamen mit der Vorstellung, daß viele Leute bzw. die Arbeiter in ganz traurigen Verhältnissen leben würden, und sie waren äußerst überrascht, wenn sie in die Wohnungen gingen, wo sie große Radioapparate, sehr schöne Nähmaschinen und ähnliche Dinge fanden. Das stimmte eigentlich mit ihrem Bild nicht überein.

Auch politisch waren sie sehr unsicher. Ich erinnere mich an Gespräche mit Russen, die uns fragten, wie man denn einen Nationalsozialisten erkennen könne. Sie berichteten dann, daß Herr Schulze bei ihnen gewesen sei und gesagt hätte, er selber sei ja immer im Widerstand gewesen. Aber Herr Meier und Herr Müller, das wären sehr böse Nationalsozialisten gewesen. Wenige Stunden später erschien dann Herr Müller mit demselben Anliegen. Er trug vor, daß Herr Meier und Herr Schulze Nationalsozialisten wären.

Also die Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht, die sich in dieser ersten Periode direkter Einflußnahme noch ein wenig enthielt, waren offensichtlich selber verunsichert. Wieweit das in Ihren Dokumenten deutlich wird, weiß ich nicht. Aber ich glaube, es muß einbezogen werden in die Darstellung der damaligen Zeit.

Es begann der Aufbau der Partei in den Landesverbänden. Er wurde ständig behindert, führte aber doch zu gewissen Erfolgen. Wenn man sich z. B. die Landtagswahlergebnisse aus dem Jahre 1946 ansieht, wird deutlich, daß die SED sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Brandenburg nicht die Mehrheit bekam. Vielmehr hatten die beiden bürgerlichen Parteien größeren Zuwachs. Vor kurzem erfuhr ich, daß Sozialdemokraten damals vielfach die LDPD wählten, welche in Sachsen-Anhalt eine große Zahl von Mitgliedern hatte.

Zweitens möchte ich auch etwas zur Bodenreform sagen, weil ich von ihr eine ganze Menge miterlebt habe. Hermes hat in der Tat immer gesagt, daß eine Bodenreform notwendig sei. Gleichzeitig fügte er hinzu, daß sie natürlich nicht entschädigungslos vor sich gehen könne. Es war aber nachher so, daß jeder, der mehr als 100 Hektar hatte, völlig – und zwar entschädigungslos – enteignet wurde. Darunter fiel natürlich der Großgrundbesitz in vollem Umfang.

Im übrigen kam es noch – ähnlich wie bei Industrieunternehmen – zu einem Verfahren der Sequestrierung. Dabei wurde früheren Nationalsozialisten ihr Eigenheim weggenommen. Die Partei war also längere Zeit damit beschäftigt, in Unrechtsfällen deutlich zu machen, daß die Enteignungen nicht richtig gewesen seien.

Hermes hat dann immer versucht, als diese Bodenreform-Diskussion in Gang kam, darauf hinzuweisen, daß Entschädigungen notwendig seien. Aber das hat dazu geführt, daß die sowjetische Besatzungsmacht und auch die KPD mit großer Akribie versuchten klarzumachen, daß in den Landesverbänden

die Ansicht von Hermes nicht berücksichtigt werden könne. Man muß dem hinzufügen, daß die gegenseitige Unterrichtung natürlich schlechter war, als es heute etwa der Fall ist, und daß in den Landesverbänden an manchen Stellen frühzeitige Zustimmungen erfolgten, die Hermes nicht gebilligt hätte.

Hermes reiste zusammen mit Schreiber noch in den letzten Wochen vor der Entscheidung bzw. vor seiner Absetzung emsig im Lande herum, um für seine Meinung die Zustimmung jedenfalls der CDU zu gewinnen.

Hermes wurde dann allerdings abgesetzt. Ich erlebte seine Absetzung mit. Mitte Dezember wurden mein Mann – er war Landesvorsitzender der CDU in Brandenburg – und ich zum Zwecke der Führung eines Gesprächs zu unserer politischen sowjetischen Administration gebeten. In diesem Gespräch wurde uns beigebracht, daß Hermes und Schreiber abgesetzt werden müßten. Hermes sei ein Reaktionär. Es hätten sich ja auch bereits Stimmen in der Bevölkerung – auch in Zeitungsartikeln sei deutlich darauf hingewiesen worden – bemerkbar gemacht, die zum Ausdruck gebracht hätten, daß man nicht länger unter der Führung von Hermes in der CDU arbeiten wolle. Dann wurden uns Artikel vorgelegt, in denen erstaunlicherweise immer von „Herrn Germes“ statt von „Herrn Hermes“ die Rede war. Dadurch wurde ziemlich deutlich, wer wohl die Autoren dieser Artikel waren. Als wir darauf hinwiesen, daß wir uns dieser Ansicht leider nicht anschließen könnten, zumal die Autoren ersichtlich nicht aus CDU-Kreisen stammen würden, wurden wir etwas förmlich entlassen, für den nächsten Abend aber wieder eingeladen.

Am nächsten Vormittag erschien plötzlich in unserer Wohnung ein Russe mit einem Lebensmittelpaket bzw. mit einem Berg von Lebensmitteln. Ich muß dazu sagen: Das war noch während der schrecklichen Notzeit. Wir bekamen also Zucker, Butter, Wurst und was weiß ich noch alles. Wir gingen am Abend etwas unsicher zum nächsten Gespräch. Das erste Mal hatte uns der Leiter der politischen Abteilung der SMAD verhört. Nun war ein zweiter Herr da, der offensichtlich vom NKWD kam. Es wurde uns also wieder dringend nahegelegt zu erklären, daß Hermes ein Reaktionär sei. Wir erfuhren im Laufe des Gespräches, daß inzwischen die anderen Landesvorsitzenden der CDU zu einem Gespräch nach Karlshorst gebeten worden waren. Sie sollten dort darüber beraten, wie mit Hermes und Schreiber weiter zu verfahren sei.

Das Gespräch dauerte ziemlich lange. Da es wirklich sehr unfruchtbar war, endete es damit, daß beschlossen wurde, meinen Mann nun nicht nach Karlshorst mitzunehmen, sondern ihn zu Hause zu lassen. Der arme Herr Heller – der Vorsitzende der CDU in Cottbus – wurde statt dessen eingeladen, um an dem Beschluß, der unter dem Druck der SMAD in der Tat von den Landesvorsitzenden gefaßt werden mußte, mitzuwirken, daß Hermes und Schreiber nicht länger ihre Funktionen ausüben könnten.

Hermes und Schreiber haben damals sofort dafür gesorgt, daß die Arbeit der CDU weitergehen konnte. Selbstverständlich haben sie zugestimmt, daß Kaiser

und Lemmer die Funktionen als erster und zweiter Vorsitzender der CDU übernahmen. Von daher ging der Übergang einigermaßen friedlich vor sich.

Hermes selber ist dann sehr bald aus Berlin fortgegangen. Auf die weitere Politik der CDU konnte er – auch wegen seines Verhältnisses zu Adenauer; die beiden Herren liebten sich nicht besonders – dann keinen Einfluß mehr nehmen.- Soweit meine Erfahrungen aus der damaligen Zeit. (Beifall).

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Dr. Wolf. Verraten Sie uns bitte noch, ob Sie Butter und Zucker wieder zurückgeben mußten. (Heiterkeit).

Dr. Erika Wolf: Nein, daß mußten wir nicht, sondern wir haben versucht, daß ein wenig zu verteilen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön.- Herr Dieter Rieke, bitte.

Dieter Rieke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In gebotener Kürze möchte ich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Ich gehöre zu der Generation, die noch zwei Jahre des letzten Krieges aktiv miterlebt hat. Geboren wurde ich in Westdeutschland. Das Kriegsende habe ich in Mitteldeutschland erlebt.

Ich bin nicht ganz frei von Bitternis und Belastung hierher gekommen. Zu tief sind die Verletzungen, die mir die Kommunisten zugefügt haben. Und man kann wohl sagen, daß mein Leben von drei Perioden geprägt wurde. Ich will das mal als Schock bezeichnen. Einmal möchte ich die neunjährige Haft als Sozialdemokrat – das möchte ich hervorheben – in Bautzen erwähnen. Dann nenne ich Erlebnisse der Wende. Schließlich konnte ich vor zwei Wochen meine Stasi-Akten in Berlin einsehen, aus denen hervorgeht, daß man sehr wohl noch – bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert war, mich irgendwie ans Messer zu kriegen.

Wie ich schon sagte: Ich war 1945 im Bezirk Magdeburg. Dort traf ich nach dem Einrücken der Roten Armee viele junge, aber auch ältere Menschen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. Ich war damals 20 Jahre alt. Die Jungen – darunter war auch ich – wollten sich irgendwie aktiv an der Neugestaltung des Nachkriegs-Deutschlands beteiligen. Auf der anderen Seite gab es Angehörige der älteren Generation, die entweder aus dem Krieg oder aus den KZ-Lagern kamen.

Im Juni wurden durch den Befehl Nr. 2 antifaschistische Parteien zugelassen. Im Bezirk Magdeburg waren wir dann gleich darum bemüht, die Partei mit viel Idealismus und mit viel Energie aufzubauen. Wir haben einzelne Orte besucht. Ich selber war damals in Gardelegen und Stendal ansässig. Auch hatte ich Arbeit als Journalist gefunden.

Wir waren also von dem Ideal getragen: Es muß eine neue Zeit kommen. Und dazu gehörte, daß auch die Sozialdemokratische Partei sich engagierte,

daß die Mitglieder mit dazu beitrugen, daß diese Zeit des Faschismus nun endlich überwunden werden konnte.

Das Land war damals geprägt von den in endloser Zahl hereinströmenden Flüchtlingen und vom Elend der Nachkriegszeit. Es war nicht leicht, untereinander Verbindung zu halten. Aber wir im Bezirk Magdeburg haben schnell eine sehr starke Partei aufbauen können, und wir waren auch ein bißchen stolz darauf. Was wir als junge Menschen nicht ahnen konnten, war, daß man dies mit Wissen der SMAD zugelassen hatte, weil man das Ziel hatte, die Sozialdemokraten irgendwie als Blutspender für die kommunistischen Ziele und Praktiken zu nutzen.

Wir hatten kaum Verbindung untereinander. Es gab die Möglichkeit, hier und da mal ein paar Zeitungen aus Westdeutschland oder aus Berlin zu bekommen. Wir hörten den NWDR, den Hamburger Sender, und wir bekamen gelegentlich auch mal Informationen von Leuten, die es gewagt hatten, nach Westdeutschland zu gehen, um sich ein bißchen umzusehen.

Der Kreis Gardelegen lag nicht weit von der Zonengrenze entfernt. Mit meinen Weggefährten habe ich es unternommen, bis nach Hannover zu fahren, um dort bei der SPD vorzusprechen und mir Informationen geben zu lassen. Dort wurde in den Monaten bis Ende 1945 eine sogenannte Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost aufgebaut, die direkt Kurt Schumacher unterstellt war. Das war also unsere Anlaufstelle.

Wir meinten damals, daß wir, wenn es eine SPD auch in der damaligen SBZ geben würde, auch frei argumentieren dürften, und wir glaubten, daß wir parteipolitische Festlegungen in unsere Argumentation mit einbeziehen konnten.

Vor Ort haben wir durch Versammlungen und durch persönliche Gespräche versucht, eine breite Basis von Sozialdemokraten zu schaffen, die bereit und in der Lage sein sollte, sich der Verantwortung – und zwar in den Verwaltungen, aber auch in den sich damals bildenden Vertretungen der Bürgerschaft – zu stellen. Das fing in den Gemeinden und Kreisen an, und es reichte bis hin zur damaligen Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt. Das war die Institution, die gegenüber der Sowjetischen Militäradministration hinsichtlich des Funktionierens der Wirtschaft verantwortlich war. Das war ja wohl das Allerdringlichste.

Ich selber war Leiter eines Nachrichtenamtes der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt mit Sitz bzw. Wohnsitz in Gardelegen. Aber ich war sehr oft in Magdeburg und Halle. Und ich muß sagen: Es war ein Schub, den wir spürten. Denn wir glaubten endlich, daß wir am Aufbau einer – wie man so schön sagte – neuen demokratischen Gesellschaftsordnung mitbeteiligt seien.

Im Laufe der Wochen und Monate spürten wir aber auch, wie stark der

Einfluß der deutschen Kommunisten war. Das merkten wir sehr wohl, wenn es darum ging, Papierzuteilungen oder die Erlaubnis für Veranstaltungen – Bürger- und Parteiversammlungen – zu bekommen. Die Kommunisten waren privilegiert, und wir brachten eben nur unseren guten Willen ein. Im Hintergrund spürten wir aber auch, daß eine Art Indoktrination stattfand, und zwar in der Form, daß die sowjetischen Offiziere als Kommandanten der Orts- und Kreisverwaltungen – das galt sogar für Halle – ihre Möglichkeiten nutzten, um Sozialdemokraten ins Gespräch zu ziehen und ihnen mit Zuckerbrot und Peitsche zu sagen, welche Politik die sowjetische Besatzungsmacht für richtig hielt.

Nun gibt es eine sehr große Vielfalt, das jetzt – also nach Ablauf der Ereignisse – zu interpretieren. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Punkt, daß man versucht, diese Zeit historisch aufzuarbeiten. Aber ebenso wichtig ist es auch, zu sagen, was damals in den kleineren Bereichen – sozusagen vor Ort, also in den Gemeinden – geschehen ist und wie die Leute das erlebt haben. Es muß auch klargemacht werden, mit welchem Mut, aber auch mit welcher Resignation sie versuchten, sich an dem politischen Leben zu beteiligen. Die Enttäuschung in bezug auf den Krieg war ja groß, und die Erwartungen waren sicherlich sehr hoch.

Der Punkt, der mich nun insbesondere betrifft, war, daß ich spürte, daß die sowjetischen Politoffiziere weitestmöglich – nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Funktionären – versuchten, Einfluß zu nehmen. Und auch in unseren eigenen Reihen gab es gespaltene Überlegungen. Die einen sagten: „Wir sind Sozialdemokraten und keine Kommunisten“. Aber es gab auch Leute, die aus den Konzentrationslagern kamen und aus ihrer persönlichen Lebenserfahrung heraus meinten, es sei wohl das Bessere, eine starke Arbeiterbewegung zu haben. Das müsse doch mit den Kommunisten gemeinsam gemacht werden. Die hätten sich damals von den Sozialdemokraten getrennt. Und nun, bitte schön, könnte man ja wieder eine starke Sozialdemokratische Partei aufbauen.

Ich will das alles nur antippen, um Ihnen auch Gelegenheit zu geben zu hinterfragen. Es ist ein abendfüllendes Thema, wenn man diese Zeit Punkt für Punkt durchgeht und aus dem heutigen Blickwinkel daraus Erkenntnisse gewinnen möchte.

Wir waren in allen Kreisen und Gemeinden vertreten, und wir hatten das Gefühl, daß wir ja nicht nur uns selber überlassen bleiben konnten, sondern daß wir auch versuchen mußten, Kontakt mit der SPD bzw. mit dem Zentralausschuß in Berlin zu bekommen. Das galt auch für die SPD in Westdeutschland.

So gab es einen regen Austausch durch gegenseitige Besuche. Vor allem aber geschah das durch Informationen, die wir über die Arbeit der SMAD zusammenstellten und nach Westdeutschland gaben. Dies geschah über das

damalige Ostbüro der SPD, und ich habe feststellen können, daß die von uns geschilderten Geschehnisse Ende 1945/Anfang 1946 in der damaligen SBZ- Demontagen, Bodenreform, Ungerechtigkeiten, die ersten Verhaftungen, Internierungen usw.- sehr wohl registriert wurden. Das spiegelte sich in einzelnen Passagen auch von Reden von Kurt Schumacher wider. Er war ja damals Vorsitzender der SPD in Westdeutschland.

Der Druck auf uns wurde stärker, als es darum ging, die Forderungen und Erwartungen der SMAD sowie der dahinter stehenden deutschen Kommunisten zu erfüllen, die darauf hinausliefen, eine einheitliche antifaschistische Front zu bilden bzw. einen Zusammenschluß von KPD und SPD herbeizuführen.

Ich habe noch in Erinnerung, daß damals – im Frühjahr 1946 – etwa 700.000 Sozialdemokraten Mitglied waren. Die Kommunisten dagegen zählten erheblich weniger Mitglieder.

Die schrecklichste Situation entstand dann, als diese Einheitskampagne anlief. Sie wissen vielleicht aus der Literatur, wie sich das aufbaute und wie dann am 21./22. April 1946 die Zwangsvereinigung in Berlin erfolgte. Das war für uns zunächst der Punkt, an dem wir resignierten, denn wir hatten nicht geglaubt, daß sich in Berlin ohne unser Mittun und ohne unser Votum ein Zusammenwirken zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in dieser Form gestalten könnte. Es gab zwar lose Verbindungen mit Berlin, aber im wesentlichen wurde ja auch Politik vor Ort gemacht, und die Sozialdemokraten waren in der Tat in den Spitzen der Verwaltungen tätig. Ihr erstes Anliegen war, die Not der Bevölkerung zu lindern und für die Infrastruktur des Landes zu sorgen.

Die Vereinigung zwischen SPD und KPD zur SED war nichts anderes, als daß das Konzept der Kommunisten – wir haben das heute ja schon gehört – durchgezogen wurde. Ende 1945 gab es zunächst noch etwas Zuckerbrot. Aber dann ging man mit ganz rigorosen, brutalen Methoden vor. Das führte dazu, daß meine Freunde – das galt auch für mich selber – wiederholt zu Gesprächen gebeten wurden. Von daher hatten wir den Eindruck, man wollte, daß wir absolut hörig sein sollten. Es wurde ein Druck auf uns ausgeübt, dem wir nur durch die Flucht nach Westdeutschland, durch Resignation oder das Sich-Zurückziehen ins stille Kämmerlein begegnen konnten.

Ich selber war damals in Magdeburg. Wir veranstalteten Versammlungen und votierten gegen diese Vereinigungskampagne. Aber dann kamen wir sehr schnell in die Situation, daß wir unterwegs ganz einfach festgehalten wurden. Die Versammlungen wurden abgesagt. Kurz und gut: Ab Mai/Juni 1946 – also nach der Vereinigung – gab es für uns nur noch eines, daß wir nämlich in die Illegalität gingen.

Wir haben nämlich – und das war, wenn man es von heute aus betrachtet, ein Stück Illusion – folgendes geglaubt: Hitler hat sich zwölf Jahre gehalten. Nun, Gott behüte, wie lange wird Pieck unter diesen Umständen aushalten?-

Die Alliierten hatten ja das Sagen. Wir hatten die Illusion, daß wir eines Tages wieder da sein müßten. Deshalb haben wir sehr wohl gewußt, was wir machten, wenn wir Freunde besuchten. Im kleinen Kreis sprachen wir über die Situation. Vor allen Dingen behielten wir auch die Verbindung nach Hannover – also mit der westdeutschen SPD- bei.

Ich muß im nachhinein sagen: Der Preis war sehr hoch. Viele von uns wurden verhaftet. Es gab auch Leute, die aus Westdeutschland kamen. Sie wurden beschattet. Man verfolgte sie. Alle, die von Westdeutschen besucht worden waren, wurden verhaftet. Wir haben versucht, die Familien zu bergen bzw. ihnen zu helfen. Es wurden Lkw-Fahrten nach Westdeutschland über die grüne Grenze – das ging damals noch – veranstaltet. Für uns stellte sich wirklich die Frage: Halten wir das durch? Und ich muß sagen: Es war nicht durchzuhalten. Das Regime war so totalitär, daß es keinen Ausweg gab. Aber wir freuten uns immer, wenn wir hier und dort noch Weggefährten treffen konnten.

Ich habe damals in Halle an einem Pressegespräch mit dem damaligen General Kotikow teilgenommen. Er erläuterte uns rigoros die Forderung, daß es nur darum gehe, diese damalige SBZ als absolut kommunistisches, militärisches Vorfeld gegenüber dem Kapitalismus in Westdeutschland zu betrachten.

Wie auch immer: Aus meiner damaligen Kenntnis heraus war es damals so, daß wir – außer Kontakte zu unseren Freunden aufrechtzuerhalten – nichts unternehmen konnten. Alles andere war Selbstmord.

Es kam, wie es kommen mußte. Eines Tages wurde ich verhaftet und kam 1948 nach Berlin-Hohenschönhausen. Ein Jahr später wurde ich vom Obersten Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren verurteilt. Und dann begann der lange Weg nach Bautzen, wo ich übrigens Alfred Schmidt wiedergetroffen habe. Mit dem habe ich sehr oft zusammengesessen. Dann haben wir uns lange darüber unterhalten, was nun richtig oder falsch an diesem Kommunismus sei. Auch Oskar Hippe und viele andere mehr waren dort.

Abschließend kann ich feststellen: Von den neun Jahren habe ich vier Jahre in Einzelhaft gesessen. Das heißt, ich habe erfahren, wie man Menschen physisch und psychisch zugrunde richten kann. Nun kann man nicht sagen, daß Bautzen ein Vernichtungslager war. Es gab dort keine Verbrennungsöfen. Aber wir waren die politischen Staatsfeinde Nr. 1, und man hungerte uns auf die sanfte Art aus.

Ich hatte Gelegenheit, in einer Fernsehsendung in Bautzen das mal zu eruieren, und zwar haben mir im nachhinein die früheren Bewacher, die uns damals drangsalierten, erklärt: Ja, als wir von den Sowjets die Gefangenen übernahmen, hieß es von seiten der Roten Armee, daß nur 800 Leute im Lager seien. Dementsprechend Verpflegung hatte man parat. Es waren aber 8.000.

Dieses Lager ist einige Male ausgestorben. Man kennt bis heute nicht die

genauen Zahlen. Die Historiker haben hier ein großes Aufgabengebiet. Aber es war so, daß wir an Tuberkulose und Dystrophie litten. Und wenn man in Einzelhaft sitzt, dann – das können Sie sich sicher vorstellen – schwinden die geistigen Kräfte schnell. Ich hatte das Glück – das ist kein Verdienst – das noch einigermaßen zu überstehen.

Ich bin dann nach meiner Entlassung 1957 nach Westdeutschland gegangen, und ich versuchte, all diese schrecklichen Ereignisse zu vergessen. Das war die einzige Möglichkeit, wieder in ein normales Berufsleben zurückzukehren. Viele meiner Freunde aus der damaligen Illegalität, die ich in Bautzen wiedergetroffen hatte, haben es nicht geschafft. Darunter waren viele, die auch in den KZs zehn Jahre zugebracht haben. Danach waren sie dann fünf, sechs, acht oder zehn Jahre in Bautzen. Nicht alle haben das überstanden.

Wir sind nur noch ganz wenige, die bezeugen können, was sich damals abgespielt hat. Und ich muß Ihnen sagen: Es war sehr wichtig für mich festzustellen, daß ein Stückchen dieser Saat, die wir versuchten, damals einzusäen, aufgegangen ist. Das sage ich im Hinblick auf Leute, die sich heute wieder zur Sozialdemokratischen Partei in den neuen Bundesländern bekennen.

Die Wende war für mich ein Erlebnis. Ich kann mich noch daran erinnern. Mit Wolfgang Leonhard war ich am 9. November auf Sendung im ZDF-Länderspiegel, als Schabowskis Meldung aus der Pressekonferenz kam. Wir konnten vor laufender Kamera nichts mehr sagen. Uns sind die Tränen geflossen.

Ich war dann einige Zeit lang hier in Bonn als Journalist tätig. Dann bin ich – auch als Journalist, dort war ich Leiter eines Presseamtes – nach Rüsselsheim gegangen. Und ich war eigentlich ein glücklicher Mensch. Ich hatte eine neue Familie aufgebaut. Vor allen Dingen hatte ich all diese schrecklichen Zeiten vergessen.

Dann kam die Wende. Das war ein Schock. Da habe ich gedacht: Gut, jetzt nach zwei, drei Jahren ist alles okay. Jetzt können wir darangehen, innerhalb unseres Landes wieder in die Zukunft zu schauen.

Aber dann kam die Nachricht von Gauck, man solle doch mal nachschauen. Es seien einige Unterlagen gefunden worden. Ich habe zwei Tage lang in der Normannenstraße nachgelesen, was gute Freunde und auch Verwandte aus Bonn und Rüsselsheim der Stasi über mich berichtet haben. Daraus entnehme ich, daß sie – wohlgemerkt: bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert waren, mich noch mal irgendwie an Messer zu kriegen. Ich konnte mir das zwar nicht ausrechnen. Damals habe ich einen privaten Besuch in der DDR-Magdeburg, Stendal – gemacht. Über die Fahrt – sie ging über Marienborn nach Gardelegen, Stendal usw.- habe ich minutiöse Berichte gelesen, und jeder von meinen Verwandten, der mich kannte, hat seinen Bericht dazugegeben.

Dann hat man auch noch einen sogenannten Kampfauftrag erteilt, indem man Leute hierher geschickt hat, um mich auszukundschaften. Ich glaube, dies wird wohl eine Sache des Bundesanwalts sein. Die Klarnamen sind mir mittlerweile geläufig. Ich mußte danach nur noch mal die kopierten Akten durcharbeiten. Wenn man als junger Mensch den Einsatz gewagt hat, in der Politik mitzuhelfen – ich bin ja kein Mann, der ein Amt oder irgend etwas angestrebt hat, ich wollte nur ganz einfach mit einem Beitrag leisten –, um dann im nachhinein festzustellen, daß man über Jahre hinweg aus dieser Umklammerung des Kommunismus – das war eine Krake – nicht mehr herausgekommen ist, dann ist das eine fürchterliche Situation.

Aber Sie können sicher sein, daß ich solange über diese Dinge reden werde, wie ich es geistig und körperlich vermag. Dies bin ich den Leuten schuldig, die heute nicht mehr für ihre Sache eintreten und reden können. Ich muß sagen: Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß ich Glück gehabt habe und heute vor Ihnen sitzen kann, um Ihnen das zu berichten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Herr Dieter Rieke. Der nächste Redner wäre dann Herr Wolfgang Schollwer.

Wolfgang Schollwer: Ich bin Jahrgang 1922. 1946 trat ich in die LDPD ein. Bis zum Oktober 1950 war ich Mitglied dieser Partei. Dann bin ich nach West-Berlin geflüchtet. Ich kann also nur über die Zeit von Herbst 1946 bis zum Herbst 1950 Zeitzugenschaft ablegen.

Was hat mich oder viele andere bewogen, in diesen Jahren in die LDPD einzutreten? Dazu kann ich natürlich keine verbindliche Auskunft geben, sondern ich kann nur sagen, was mich selbst und was meine Freunde wahrscheinlich veranlaßt hat, in dieser Partei tätig zu sein.

Zunächst war das die Hoffnung, daß es bald eine Einigung der Vier Mächte in bezug auf Deutschland geben würde. Damals gab es ja noch die Viermächtekonferenzen bzw. die Außenminister- und Regierungskonferenzen, und man konnte sich einfach nicht vorstellen, daß der Zustand, der in den Jahren 1946/47 herrschte, lange andauern würde.

Zweitens ging es – das klingt fast noch illusionärer als das erste – um die Hoffnung, daß die sowjetische Führung auf die Dauer mehr Interesse daran haben würde, zum gesamten deutschen Volk ein gutes Verhältnis zu haben, als sich allein auf die SED zu stützen. Insofern wollten wir als Liberaldemokraten sozusagen bereitstehen, um in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht – später sollte es der sowjetische Partner sein – Deutschland anders zu gestalten, als es die Kommunisten dann getan haben.

Drittens war unsere Bereitschaft für dieses Parteiensystem in der sowjetisch besetzten Zone dadurch bestimmt, daß wir eine gewisse Abneigung gegen das Parteiengezänk hatten, das man im Westen schon wieder feststellen konnte. Wir waren der Meinung, daß die Parteien in einer schwierigen

Zeit zusammenarbeiten müßten, um die Probleme zu lösen, die vor einem standen.

Wenn ich die zweite Hoffnung als besonders illusionär bezeichnet habe, dann möchte ich zu unserer damaligen Rechtfertigung doch ein Beispiel nennen. Im Februar 1949 wurde auf dem Parteitag der Liberaldemokratischen Partei in Eisenach ein Parteiprogramm verabschiedet, das sich dadurch auszeichnete, daß es wirklich noch ein demokratisches und liberales Programm war, welches von der Besatzungsmacht genehmigt wurde. Es gab eigentlich in diesem Parteiprogramm nur wenige Passagen, die man als eine Konzession an die politische Situation von 1949 betrachten konnte. Vielleicht könnte man sogar sagen: Es war eigentlich nur eine Konzession an die Sozialdemokraten, denn wir verlangten damals die Verstaatlichung der Bodenschätze, der Großbetriebe und der Grundstoffindustrie, und wir wünschten eine zweck- und sinnvolle Lenkung der Volkswirtschaft. Das war die Konzession, die die Partei damals in bezug auf den Kurs in der sowjetisch besetzten Zone machte.

In dem halben Jahr bis zum Herbst 1949 – also bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – war es uns möglich, dieses Programm im ganzen Land zu verbreiten. Das geschah in unzähligen Reden, die wir in Städten, Gemeinden und Kreisen hielten. Darin propagierten wir liberale Politik. Erst mit der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und der offiziellen Übernahme der Macht durch die SED in Ostdeutschland wurde dem ein Ende bereitet. Ab Herbst 1949 durfte dieses Programm nicht mehr verkündet werden. Unter dem Zeichen der sowjetischen Besetzung waren für uns noch gewisse Spielräume gegeben.

Wir hatten drei besondere Schwierigkeiten. Erstens ging es um die Einbindung in sogenannte überparteiliche Gremien. Dazu gehörte ja nicht nur die Blockpolitik. Dabei ging es um die Block-Sitzungen, die vom Kreis bis hinauf auf die Zonen-Ebene stattfanden. Vielmehr war es so, daß in steigendem Maße auch noch die Volkskongreßbewegung hinzukam, die dann zur Nationalen Front mutierte. In dieser Volkskongreßbewegung bzw. Nationalen Front waren eine Anzahl von Ausschüssen gebildet worden, in denen auch die LDPD vertreten sein mußte.

Es war so, daß ich vor dieser Zeit – also im Frühjahr 1948 – als LDPD-Kreissekretär in dieses System eingebunden war. Neben den Parteiausschüssen, denen ich selbstverständlich angehören und in denen ich tätig sein mußte, war ich in neun überparteilichen Kommissionen tätig. Sie werden sich vorstellen können, daß da natürlich kaum noch Zeit blieb, sich der eigentlichen Parteiarbeit zu widmen. Das war bewußt so gemacht worden, um die bürgerlichen Parteien an eigener Tätigkeit zu hindern.

Ich komme zur zweiten Schwierigkeit. Obwohl es damals noch keinen Erich Mielke gab, waren doch Spitzel en gros vorhanden. In der Landesleitung, in der ich ab Juni 1948 tätig war, hielten sich zwei Mitarbeiter des sowjetischen

Geheimdienstes auf. Dabei handelte es sich um die Chefsekretärin und um den Generalsekretär – was zweckmäßig war, wie man sich denken kann. Von daher konnte man in der Geschäftsstelle im Grunde genommen kein offenes Wort sprechen. Wenn wir uns über Probleme, die wir in bezug auf die Arbeit bzw. die politische Arbeit hatten, unterhalten wollten, mußten wir ins Freie gehen. In der Geschäftsstelle war das nicht möglich.

Drittens ging es um ein speziell brandenburgisches Problem. Das geteilte Berlin mit seinen Westsektoren und seiner West-Berliner F.D.P. lag inmitten des Landes Brandenburg. Es gab für die sowjetische Führung des Landes Brandenburg nichts Schlimmeres, als Kontakte mit der Schwennicke-F.D.P. zu unterhalten – seien sie auch noch so locker. Das heißt, wir mußten unsere Beziehungen zur F.D.P. im Grunde genommen nach dem Zusammenbruch der Liberalen Partei im Frühjahr 1948 vollkommen aufgeben, wenn wir nicht in den Geruch der Spionage, Sabotage und des Antisowjetismus geraten wollten.

Ein Freund von mir, der durch den sowjetischen Geheimdienst auf mich angesetzt war, um mich auszuspionieren, hatte törichterweise gleichzeitig Kontakte mit West-Berlin aufgenommen, um für West-Berlin tätig zu sein. Er ist zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden.

Die Situation der LDPD, um das abschließend zu sagen, in den Jahren von 1946 bis 1950 war – so habe ich das erlebt – von absoluter Machtlosigkeit gekennzeichnet. Natürlich haben wir uns immer etwas vorgemacht. Wir dachten, daß wir etwas bewirken bzw. irgend jemandem helfen könnten. Aber nicht einmal die Parteileitung in Berlin war in der Lage, jemandem zu helfen, der dadurch in Schwierigkeiten geraten war, daß er mit der SED oder mit der Besatzungsmacht Konflikte hatte. Dort ließ man die Sache laufen. Man schüttelte den Kopf, wenn man zu ihnen kam und darum bat, daß sie jemandem aus der Klemme heraushelfen möchten. Schon im Jahre 1948 ist im Zusammenhang mit der großen Berlin-Krise deutlich geworden, daß Schicksal dieser bürgerlichen Parteien nur sein konnte, entweder unterzugehen oder sich der allgemeinen politischen Situation vollständig anzupassen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch Ihnen, Herr Schollwer, ganz herzlichen Dank.- Ich bin froh darüber, daß wir es uns vorgenommen haben, neben Wissenschaftlern auch Zeitzeugen zu hören. Auch Ihre Reaktion hat mir gezeigt, daß dies etwas ungeheuer Wichtiges ist. Dadurch wird es ja eine Geschichte zum Anfassen.

Wir wollen jetzt noch die Berichte der Vertreter der drei eingeladenen Stiftungen hören.

Zunächst erteile ich Frau Dr. Wilms zu einer kurzen biographischen Ergänzung das Wort.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren!- Ich darf mir erlauben, eine Ergänzung zum Vortrag von Frau Dr. Wolf vorzunehmen. Sie wollte das wohl aus verständlichen Gründen nicht selber vortragen.- Der Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, Herr Wolf, ihr Mann, ist 1948 „verunglückt worden“. Das muß man wissen, um auch das Gesamtbild zu verstehen, das uns Frau Wolf hier dargestellt hat.

Im übrigen möchte ich für unsere Fraktion sehr, sehr herzlich Dank für die eindrucksvollen Berichte der Dame und der beiden Herren sagen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich glaube, das ist die einhellige Meinung aller. Herzlichen Dank.- Wir fahren jetzt also mit den drei Kurzberichten über „Forschung und Archivaufarbeitung zu den Parteien in der SBZ/DDR 1945 bis 1950“ fort. Zunächst hat Frau Wrede-Bouvier von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Wort.

Dr. Beatrix Wrede-Bouvier (Friedrich-Ebert-Stiftung): Der Vorsitzende hat gebeten, daß wir uns kurz fassen. Ich will versuchen, das zu tun. Dies könnte mir auch gelingen, weil vieles, was ich sagen wollte, Dieter Rieke ohne zeitlichen Druck als Zeitzeuge hier doch sehr eindringlich formuliert hat.

Ich glaube, es ist nicht nötig zu sagen, daß wissenschaftliche Forschungen an das anschließen, was er vorgetragen hat, und sie abstrahieren es in mancher Hinsicht. Die Plastizität ist also schon gegeben; das Theoretische oder Abstrakte wäre dann der Forschung vorbehalten, die wir teilweise betreiben.

Der Name „Friedrich-Ebert-Stiftung“ ist gefallen. Es liegt also nahe, daß es sich in meinem Vortrag vor allem um Aktivitäten der Sozialdemokratie handelt. Drei Sorten von Aktivitäten will ich zu Ihrer Information kurz nennen. Zum einen handelt es sich dabei um Publikationen, die bereits vorliegen. Zweitens geht es um Aktivitäten, die einen größeren Rahmen umfassen und an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet sind. Drittens nenne ich laufende Forschungsvorhaben.

Zu den schon vorliegenden Publikationen gehören immer noch Standardpublikationen wie Frank Moraws „Parole der Einheit“. Diese Publikation wurde neu aufgelegt. Es gehören Materialien dazu, die anlässlich von Jahrestagen der SED Ende der achtziger Jahre herausgegeben wurden. Weiter nenne ich Erinnerungsbroschüren, die sich mit dem befassen, was Dieter Rieke eben erzählt hat. Außerdem geht es um kleinere Dokumentationen aus den Regionen, etwa über Entnazifizierung in Mecklenburg und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern. Weiter nenne ich in diesem Zusammenhang eine sehr umfangreiche Studie von Manfred Overesch über Hermann Brill, die gerade auf den Markt gekommen ist. Sie werden sie sicher kennen.

Zweitens sind Vortragsveranstaltungen zu nennen, die sich im weitesten Sinne mit dieser Thematik befassen. Dazu dient auch der Gesprächskreis „Ge-